

uwe harling

Von: Patrizia Heidegger [Patrizia.Heidegger@gruene-fraktion-bayern.de]
Gesendet: Dienstag, 2. September 2008 10:05
An: info@mittelschicht.com
Betreff: Themen zur Landtagswahl

Sehr geehrter Herr Harling,

herzlichen Dank für die Zusendung der acht Prangerthemen für die neue Landesregierung.
Wir arbeiten an der Beantwortung unserer Stellungnahme und werden Sie Ihnen im Laufe dieser Woche zusenden.

Mit freundlichen Grüßen,
Patrizia Heidegger

Patrizia Heidegger
Vorstandsreferentin
Bündnis 90 / Die Grünen im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München

Tel.: 089 / 4126-2787
Fax: 089 / 4126-1494

uwe harling

Von: Patrizia Heidegger [Patrizia.Heidegger@gruene-fraktion-bayern.de]

Gesendet: Dienstag, 2. September 2008 12:35

An: info@mittelschicht.com

Betreff: Fragen zur Landtagswahl

Anlagen: Wahlprüfstein mittelschichtdotcom.doc

Sehr geehrter Herr Harling,

anbei finden Sie die Beantwortung der Forderungen von mittelschicht.com an die Parteien zur Landtagswahl.

Mit freundlichen Grüßen,

Patrizia Heidegger

Patrizia Heidegger
Vorstandsreferentin
Bündnis 90 / Die Grünen im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München

Tel.: 089 / 4126-2787

Fax: 089 / 4126-1494

mittelschicht.com

Themen für die zukünftige Landesregierung

1. Abschaffung des Solidaritätsbeitrags bis 60000 EUR zu versteuerndes Einkommen

Der Solidaritätszuschlag ist eine reine Bundessteuer, eine Abschaffung auf Landesebene ist daher nicht möglich. Auch der Bundesrat kann die Abschaffung dieser Steuer, die allein dem Bund zusteht, nicht erzwingen. Der Vorschlag, die Zahlung des Solidaritätszuschlags an Einkommensgrenzen zu binden, widerspricht der Aufgabe und dem Wesen dieser Zuschlagssteuer: Die notwendige soziale Ausgleichsfunktion, die die Einkommensteuer hat, muss im Einkommensteuertarif selbst stattfinden, nicht in Zuschlägen (s.u.: Anpassung der Progressionsgrenzen).

2. Regelmäßige Anpassung der Progressionsgrenzen / Freibeträge

Die GRÜNEN plädieren dafür, - nach der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte - Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer, die aus Tarifierpassungen resultieren, regelmäßig an die Bürgerinnen und Bürger zurückzugeben. Es muss überprüft werden, ob die Höhe des Grundfreibetrages noch ausreicht, um das Existenzminimum steuerfrei zu stellen. Auch die Einkommensgrenzen der Steuertarife müssen regelmäßig angepasst werden, um die kalte Progression vor allem für kleine und mittlere Einkommen zu beseitigen.

3. Erhöhung des Kindergeldes auf 180 EUR /Kind

Prinzipiell begrüßen wir eine Erhöhung des Kindergeldes. Es ist für uns jedoch eine Frage der Gerechtigkeit, nicht nur die Freibeträge für die oberen 10% zu erhöhen. Für Kinder von HartzIV-Empfängern wirkt sich die Erhöhung des Kindergeldes nicht aus. Gerade diese Kinder brauchen aber eine bessere Förderung. Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss deshalb endlich kindgerechte Regelsätze auf den Weg bringen.

Wir wollen für mehr Gerechtigkeit in der finanziellen Förderung von Kindern sorgen. Deshalb arbeitet die grüne Bundestagsfraktion an einem Modell einer Kindergrundsicherung. Kernfrage für die Förderung von Kindern in diesem Land ist für uns Grüne der Ausbau der Infrastruktur: allen voran bessere Schulbildung und mehr frühkindliche Förderung. Diese kommt den Kindern, anders als das Kindergeld, auf jeden Fall direkt zu Gute.

4. Entfernungspauschale

Es war ein Fortschritt der rot-grünen Regierung, die frühere Kilometerpauschale in eine verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale umzuwandeln. Die Bevorzugung des Autoverkehrs wurde damit beendet. Die faktische Abschaffung der Entfernungspauschale durch die große Koalition und die Beschränkung der Absetzbarkeit auf Entfernungen ab dem 21. Kilometer hat verfassungsrechtliche Bedenken hervorgerufen. Die GRÜNEN for-

dern daher, dass die Entfernungspauschale wieder ab dem ersten Kilometer gewährt wird. Es sollte aber jedem klar sein, dass für alle, die keine weiteren Werbungskosten geltend machen können, bei einem Kilometersatz von 0,30 Euro die ersten 14 Kilometer ohnehin über den Arbeitnehmerpauschbetrag abgedeckt sind. Das relativiert die Forderung nach einer Wiedereinführung deutlich und macht klar, dass der Kreis derer, die davon profitieren, niedriger ist als allgemein angenommen. Energieknappheit und steigende Ölpreise lassen sich mit dieser Maßnahme ohnehin nicht bekämpfen. Wirklich helfen können nur mehr Effizienz, neue Technologien und ein deutlich verbessertes ÖPNV-Angebot.

5. Senkung von Studien/Einschreibungsgebühren auf 150 EUR pro Semester

Unser Hauptziel ist und bleibt die Abschaffung bzw. Verhinderung von Studiengebühren - dafür kämpfen wir auf allen politischen Ebenen. Wir lehnen Studiengebühren ab, weil sie sozial selektiv wirken, vom Studium abschrecken, die Ausbildungsmisere verschärfen, den AkademikerInnen - und Fachkräftemangel verschlimmern und durch Studienkredite die Lage der Studierenden weiter verschlechtern.

Solange es in den Bundesländern mit Bezahlstudium keine parlamentarischen Mehrheiten zur Abschaffung der Campus-Maut gibt, erwarten wir, dass die Landesregierungen mindestens folgende Notmaßnahmen umgehend ergreifen:


- Stipendien für Benachteiligte und Begabte flächendeckend einführen! Den vollmundigen Versprechen, die Campus-Maut mit Stipendiensystemen "abzufedern", müssen endlich Taten folgen. Derzeit erhalten weniger als zwei Prozent aller Studierenden ein Stipendium. Deutschland ist in dieser Frage ein hochschulpolitisches Entwicklungsland.
- Unabhängiges Monitoring gewährleisten! Ziel ist es, die Auswirkungen von Studiengebühren auf Studienberechtigte, Studierende und Hochschulen zu untersuchen. Dazu muss der Prozess der Einführung, Erhebung und Mittelverwendung evaluiert werden. Nur so ist sichergestellt, dass die sozialen und finanziellen Folgen für Studierende transparent werden.
- Studierende verbindlich beteiligen! Solange es Studiengebühren noch gibt, müssen die Studierenden als Hauptbetroffene bei allen Fragen der Einführung, Erhebung und Mittelverwendung ein gewichtiges und klares Mitspracherecht haben.
- Härtefall- und Ausnahmeregelungen verbindlich machen! Die Entscheidung, wer von der Gebührenpflicht ausgenommen ist, ist weitgehend an die Hochschulen verlagert. Das öffnet Willkür und neuen Ungerechtigkeiten Tür und Tor. Für die Befreiung und Ermäßigung bei Studiengebühren braucht es landesweit einheitliche und verbindliche Regeln, vor allem für Studierende mit Kind(ern), mit Behinderung und pflegebedürftigen Angehörigen.

- Studiengebühren nicht zweckentfremden! Die Zusage der Staatsregierung, Studiengebühren brächten eine Verbesserung der Studienbedingungen, ist reines Wunschdenken. Stattdessen kommen reihenweise Beispiele für Zweckentfremdungen ans Licht. Studiengebühren drohen damit erst recht zu Lückenbüßern für gekürzte Hochschul Etats zu werden. Zweckentfremdung ist daher aufs Schärfste zu unterbinden.

6. Einführung eines flächendeckenden Mindestlohn von 8 EUR/h

Im Jahr 2003 arbeiteten 3,6 Millionen vollzeitbeschäftigte Menschen für einen Niedriglohn. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen steigt, die ergänzend Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Im März 2007 gab es bereits 574 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Menschen, die ergänzend zu ihrem Erwerbseinkommen Arbeitslosengeld II erhielten. Davon arbeiteten 470 000 Menschen in Vollzeit. Es wird geschätzt, dass weitere 2 Millionen Erwerbstätige Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II hätten, ihn aber derzeit aus den unterschiedlichsten Gründen nicht wahrnehmen. Armut trotz Arbeit - das ist für viele Menschen in Deutschland Realität.

Deutschland muss schnell zu verbindlichen Regelungen für Mindestlöhne kommen, um die Lohnspirale nach unten zu stoppen. Dazu muss die Entsendrichtlinie auf alle Branchen ausgeweitet werden, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung so reformiert werden, dass branchenbezogene Mindestlöhne nicht mehr dem Veto branchenübergreifender Arbeitgeberverbände unterliegen und die Tarifvertragsparteien umfassende Verantwortung übernehmen können. Im Ergebnis führt dies zu regionalen und branchenspezifischen Mindestlöhnen.



Margarete Bause

Fraktionsvorsitzende